

# GRAPHISCHE PRESSE

Nr 24. 31. Jahrg.

14. Juni 1918

ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT- u. KUPFERDRUCKER, FORMSTECHEER u. VERW. BERUFE.

**Abonnement.** Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementspreis: 1 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 5073.) Für die Länder des Weltpostvereins 1,25 Mk.

## Redaktion:

Adolf Dornick, Berlin N 24, Elsaßstr. 86-88 III. Redaktionsschlaf:  
Montag, Telefon: Amt Norden 4268. Verlag: Otto Siller,  
Berlin N 24. Druck und Expedition: Conrad Müller, Scheuditz,  
Auguststr. 8-9.

**Insertion.** Für die viergespaltene Feilzeile oder deren Raum 36 Fig., bei Wiederholungen Rabatt. Für Vereinsmitglieder sowie Vereinsanzeigen 15 Fig. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. — Zuschriften an die Expedition erbeten.

## Inhalt:

**Hauptteil:** Bekanntmachungen: Die Entwicklung des Steindruckgewerbes in Deutschland. Rundschau. Der Verbandstag der Buchdrucker. — Allgemeines: Unter dem Lohn eines Laufburschen. — Die photomechanischen Fächer: An der Zeit! — Feuilleton: Ferdinand Hodler. — Vom Bücherfisch. — Anzeigen.

## Bekanntmachungen.

**Tarifamt für Deutschlands Chemigraphen und Kupferdrucker.**

Briefadresse: z. H. des Geschäftsführers Herrn Richard Köhler, Berlin SW. 48, Friedrichstr. 239.

Folgende Firmen haben um Aufnahme in die Tarifgemeinschaft nachgesucht. Falls nicht innerhalb 4 Wochen vom Tage der Veröffentlichung an, begründete Proteste gegen die Aufnahme derselben beim Tarifamt einlaufen, gelten die Firmen als aufgenommen:

### II. Kreis:

Leipzig: Kurt Zimmermann.

### IV. Kreis:

Frankfurt a. M.: Gustav Hess.

Aus dem Verzeichnis der tariftreuen Firmen ist zu streichen:

### III. Kreis:

Kempten i. Allgäu: Jos. Kösel.

Berlin, den 5. Juni 1918.

Albert Frisch, Prinzipalsvorsitzender.

Albert Hehr, Gehilfenvorsitzender.

Rich. Köhler, Geschäftsführer.

## Die Entwicklung des Steindruckgewerbes in Deutschland. \*)

Unter diesem fast nüchternen Titel ist dieser Tage ein Buch erschienen, daß sicher geeignet ist im graphischen Gewerbe das größte Aufsehen zu machen. Wir glauben der weitaus überwiegende Teil der am Gewerbe interessierten Personen (und zu diesen gehört wohl reslos die gesamte Gehilfenschaft), wird nach Bekanntwerden des Inhalts dieses Buches ein Gefühl der Erleichterung empfinden, wie jemand, der endlich ein lang unterdrücktes Schuldbekenntnis sich vom Herzen geredet hat. Nur eine, im Verhältnis recht kleine Gruppe von Unternehmern wird dem Verfasser für seine Arbeit gram sein, wird ihm vielleicht sogar deswegen bitter anfeinden. Man wird unschwer erraten, wo wir diese kleine Gruppe zu suchen haben. Hat es doch Herr Dr. Cramer unternommen, den Nachweis für die Richtigkeit einer Idee zu führen, die vom Verband der Lithographen und Steindrucker seit dem Jahre 1901 theoretisch verfochten und praktisch durchgeführt wird, der Idee nämlich, das eine Gesundung des durch viele schwere Schicksalsschläge heimgesuchten Steindruckgewerbes nur auf dem Wege einer tariflichen Gemeinschaftsarbeit zwischen Unternehmern und Gehilfen möglich ist.

Wir wußten es längst, daß eine nicht geringe Zahl unserer Steindruckunternehmer im Herzen längst mit uns einverstanden ist; doch bisher sind, mit Ausnahme des Herrn Fettback, Hannover, keine klaren zustimmenden Erklärungen dafür abgegeben worden. Nur in privaten Zirkeln hörte man mehr als einmal den Ausspruch: »So kann und darf es

doch nicht mehr weiter gehen, wenn wir nicht direkt wirtschaftlichen Selbstmord üben wollen«. Doch bei diesem heimlichen Seufzer, bei dieser Faust in der Tasche blieb es. Und wer das innere Gefüge der Unternehmerorganisation im Steindruckgewerbe durchschaut hat, der begreift dieses Schweigen. Wie wir mit Grauen und mit Staunen in diesem Weltkriege die geradezu selbstmörderische Aufopferung der französischen Nation für die Kriegsziele der Entente mit ansehen, so erfüllt uns auch die heroische Unterordnung der Steindruckunternehmer unter die erwürdigenden Ketten des Schutzverbandes mit Verwunderung.

Herr Dr. Cramer, Direktor in der bekannten Firma Graphia in München, ist dem Schutzverbande allerdings nicht Rechenschaft schuldig, weil die Firma diesem Verbands nicht angehört. Für seine Firma sind die Arbeitsverhältnisse mit dem im Jahre 1910 abgeschlossenen und 1914 kurz vor Ausbruch des Krieges erneuerten Münchener Tarifes zufriedenstellend geregelt. Trotzdem Herr Dr. Cramer zugestehet: »Der Tarif brachte den Gehilfen eine Reihe bedeutender Vorteile, unter anderem den Achtstundentag an Sonnabenden und den Siebenstundentag an den Vorabenden der hohen Feiertage, ferner wurden wesentliche Erhöhungen der Mindestlohnsätze, zwei Ferientage und einschränkende Bestimmungen über Lehrlingszahl und Überzeitarbeit zugestanden, sowie endlich ein Tarifamt zur Schlichtung etwa vorkommender Streitigkeiten geschaffen«. Trotzdem klingt es aus dem folgenden Satz wie das innere Glücksgefühl eines von einer drohenden Fessel erlösten:

»Seit Abschluß dieses Vertrages, der übrigens im Jahre 1914 mit einigen, durch die Zeitverhältnisse bedingten Änderungen bis 30. Juni 1919 verlängert wurde, erfreut sich das Münchener Lithographie- und Steindruckgewerbe der Segnungen unbewölkten, tariflichen Friedens. Anders im übrigen Deutschland. Hier sehen wir binnen kurzem Kämpfe entbrennen, die an Größe und Erbitterung alles bisher dagewesene in den Schatten stellen.«

Einen Einwand des Schutzverbandes, der fast schon zur Phrase geworden ist, widerlegt Cramer in durchschlagender Weise. Der Schutzverband behauptet stets, im Steindruckgewerbe ließen sich tarifliche Verhältnisse nicht durchführen, — weil das Steindruckgewerbe auf den Weltmarkt angewiesen sei. Dr. Cramer bestreitet diese Behauptung: irgend welche Erscheinungen, die diese Auffassung rechtfertigen würden, seien nicht wahrzunehmen. »Auch das Buchdruckgewerbe, das sich schon seit langer Zeit einer vortrefflichen Tarifgemeinschaft erfreut, ist in vielfacher Beziehung mit dem internationalen Welthandelsmarkt verflochten; es sei hier nur erinnert an den Aufschwung, den die Ausfuhr von Gemälden, Künstler- und Ansichtspostkarten in Vierfarbendruck-Ausführung im letzten Jahrzehnt genommen hat, wobei noch die eigenförmliche Beobachtung zu machen sein wird,

daß diese Punkte des Buchdruckgewerbes in der Hauptsache mit wesentlich größerem Nutzen in allen Teilen der Welt abgesetzt werden, als dies bei ähnlichen Erzeugnissen des Steindrucks der Fall ist, obwohl die Preisbildung der Buchdruckerzeugnisse durch tarifliche festgelegte Lohn- und Arbeitsverhältnisse in maßgebender Weise beeinflusst wird.«

Wir meinen das ist deutlich. Für heute wollen wir es aber mit dieser kurzen Wiedergabe bewenden lassen um im Verlauf unserer eingehenden Besprechung des Buches darauf zurückzukommen. Schon aber jetzt möchten wir die Fragen stellen: Wird diese Stimme der Vernunft wieder die Stimme des Predigers in der Wüste sein? Werden die lückenlosen Beweise, die Herr Dr. Cramer in fesselnder Sprache und doch nach streng wissenschaftlicher Methode hier überzeugend aneinanderreihet, genügend Beachtung finden? Oder wird abermals die diktatorische Gewalt einer kleinen dogmatischen Gruppe den Sieg über Vernunft und lebendiges Interesse am Blühen des Gewerbes davontragen? —

Der Verfassr beginnt seine gründlichen Untersuchungen mit der Erfindung des lithographischen Flachdruckes durch Senefelder, und schildert unter Fortlassung aller bekannten Nebensächlichkeiten in knapper Schärfe die wichtigsten Etappen in der Entwicklung der neuen Erfindungen. So schildert er uns auch die Entstehung der ersten Steindruckereien, und wie er hier dem Erfinder gerecht wird, hebt er doch gleichfalls die Bedeutung Prof. Mitterers hervor, der der wichtigste Förderer der lithographischen Kreidezeichnung genannt wird. Auf Grund sorgfältiger Studien wird uns dann die zahlenmäßige Entwicklung des neuen Gewerbes vorgeführt, wir erfahren da die Zahl der anfangs vorhandenen Pressen, der Lithographen, der Steindrucker, der reinen Steindruckfirmen, der kombinierten Betriebe, aber auch der Umfang der damaligen Produktion in Abziehbildern, Spielkarten, Landkarten usw. wird uns in lebendigen Zahlen vorgeführt.

In zehn Jahren, von 1880 bis 1890 vermehrte sich die Zahl der Schnellpressen von 1090 auf 2138 = 96,14 v. H., die Handpressen dagegen nur von 6800 auf 7209 = 6,01 v. H. Aber schon mit dem Jahre 1890 stellen sich die ersten Rückschläge infolge der Zolltarifpolitik der kapitalistischen Staaten ein. Österreich belegt deutsche Steindruckerzeugnisse mit einem Zoll von 30 Gulden auf hundert kg. bei gleichzeitiger zollfreier Einfuhr österreichischer Waren nach Deutschland. 1892 erheben die vereinigten Staaten einen Zoll auf Farbendruckbilder von 33/4 v. H. infolgedessen nur noch Erzeugnisse erster Qualität exportiert werden können. Es folgen dann die südamerikanischen Staaten. Seit 1892 scheidet dann auch Frankreich als Abnehmer unserer Produkte nahezu vollständig aus; weiter folgten Zollerhöhungen in Rußland, Schweden, Norwegen, Rumänien und Portugal. So schrumpfte das Absatzgebiet des Steindruckgewerbes im Auslande immer mehr ein, bis schließlich um das Jahr 1895 herum

\*) Die Entwicklung des Steindruckgewerbes in Deutschland, von Dr. jur. et. rer. pol. Joseph Cramer, Herausgegeben von Georg Schanz, Leipzig 1918. A. Deichert'sche Verlagsbuchhandlung, Werner Schmolz, 7 Mk.

die Ansichtspostkarte einen neuen Aufschwung auslöste. In diesen Jahren kam auch das Absatzgebiet mit England zu außerordentlicher Blüte. Anfangs wurden nur hochwertige Erzeugnisse ausgeführt, später aber erforderte die Ansichtspost- und Chromolithdruckpostkarte riesige Massen von billiger Ausführung. Nun trat auch Amerika mit unerhörten Massenaufträgen auf den Plan, bis 1909 durch die große Zollrhönung in Amerika mit einem Schläge der Ansichtspostkartensexport aufhörte.

## Rundschau.

**Das Problem der Lehrlingsausbildung** darf lediglich unter dem Gesichtspunkt betrachtet werden, dem Gewerbe einen leistungsfähigen Nachwuchs zu sichern. Dazu bedarf es nicht sowohl einer langen Lehrzeit als einer gründlichen Unterweisung. Der Nutzen, den der Lehrmeister aus der Arbeitskraft des Lehrlings zieht, muß völlig in den Hintergrund treten. — Zu solchen Anschauungen hat sich die Leipziger Handelskammer durchdrungen, die sich kürzlich mit dem herrschenden Lehrlingsmangel beschäftigte. So beschloß denn auch die Kammer, künftig die Forderung einer langen Lehrzeit und von Lehrgeld, ferner die bisher geringe Entlohnung der Lehrlinge nicht mehr aufrechtzuerhalten.

**Belohnung für Schleichhandel.** In der »Deutschen Bergwerkszeitung« werden folgende Mitteilungen über das Verhältnis amtlicher Stellen zum Schleichhandel gemacht: »Nachdem die Versorgung der Arbeiterschaft mit Lebensmitteln aus dem Schleichhandel durch viele industrielle Werke aufgehört hat, hat es die Regierung bekanntlich übernommen, der Arbeiterschaft der Kriegindustrie besondere Zuweisungen zu machen. Die besonderen Zuweisungen kommen nur solchen Werken zugute, die nachweisen können, bzw. eine eidesstattliche Versicherung abgeben, daß sie vorher Lebensmittel für ihre Arbeiter aus dem Schleichhandel beschafft haben; die übrigen Werke gehen leer aus.« — Das sieht doch einer Belohnung für die Benutzung des Schleichhandels verdammt ähnlich.

**Geschäftsberichte:** 1917-18 betrug der Warengewinn der Firma *Kunstanstalt vorm. Etzold & Kiebling A.-G. in Leitelsheim-Crimmitschau* 995543 Mk. (i. V. 966013 Mk.) und mit dem Vortrag von 50432 Mk. (49829 Mk.) sowie den Eingängen auf verschiedenen anderen Konten der Gesamtgewinn 1049140 Mk. (1017205 Mk.) Demgegenüber erforderten die Fabrikationskosten 461797 Mk. (474237 Mk.), die Geschäftsunkosten 235609 Mk. (236987 Mk.) und die Abschreibungen 56026 Mk. (49397 Mk.). Aus dem Reingewinn von 295707 Mk. (255583 Mk.) sollen, wie bekannt, 18 Proz. (15 Proz.) Dividende verteilt und 31852 Mk. vorgetragen werden. Die Gesellschaft war laut Bericht den Verhältnissen entsprechend gut beschäftigt, wenn auch bei der Beschaffung der Materialien mannigfache Schwierigkeiten bestanden.

**Ein Jahr Reichsbund.** Dem ersten Jahre seiner Tätigkeit widmet der Reichsbund der Kriegsbeschädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer die soeben erschienene Nr. 17 seines Blattes »Mitteilungen«. Am 23. Mai 1917 fand die erste Zusammenkunft statt, an der 32 Kameraden teilnahmen und heute, am Schluß des ersten Jahres, sind über 300 Ortsgruppen mit rund 30000 Mitgliedern vorhanden, obwohl Behörden und Organisationen aller Art dem Bunde nach wie vor die größten Schwierigkeiten bereiten.

## Verbandstag der Buchdrucker.

Aus Anlaß wichtiger beruflicher und organisatorischer Ereignisse hat der Verbandsvorstand eine außerordentliche Generalversammlung nach Würzburg für die Zeit vom 27. Mai bis 1. Juni ds. Js. berufen. Als Geschäftsberichte liegen die Jahresberichte des Vorstandes vor, die in knappster Form die wesentlichen Ereignisse und statistischen Zahlen enthalten. Als wichtigstes für unsere Kollegen verdient folgendes hervorgehoben zu werden. Der Verband zählte bei Kriegsausbruch 70452 Mitglieder, von denen heute nur noch 28848 Mitglieder vorhanden sind. Da 58635 zum Heere einberufen sind, von denen 9761 aus den verschiedensten Gründen wieder entlassen wurden, ergibt die Aufrechnung, daß der Verband von seiner Werbekraft nichts eingebüßt hat. Durch den Tod im Kriege hat der Buchdruckerverband 6217 Mitglieder verloren. In den Unterstützungszweigen wurden in der Zeit vom 1. Juli 1914 bis 31. Dezember 1917 11158486 Mk. verausgabt, darunter an Arbeitslosenunterstützung 3402683 Mk., an Familienunterstützung der Kriegsteilnehmer 2763576 Mk., wozu die Hauptkasse 840000 Mk. Zuschuß leistete.

Für uns als verw. Beruf ist besonders interessant, daß auch dort die Zahl der Invaliden während des Krieges weiter erheblich gestiegen ist, trotzdem viele freiwillig, oder durch das Hilfsdienstgesetz gezwungen, wieder in Beschäftigung getreten sind. Die höchste Steigerung erfährt die Invalidenzahl im Jahre 1914 mit 206 neuen Invaliden; 1915 waren es 174; 1916: 146; 1917:

149. Am 31. Dezember 1917 waren 1045 Invaliden vorhanden, an die im Jahre 1917 464535 Mk. Unterstützung gezahlt wurden. Die Zahl der Arbeitslosen betrug in der Friedenszeit 1910: 4,58 Proz., 1913: 5,50 Proz., im zweiten Halbjahr 1914 dagegen 22,75 Proz.; sie ging 1914 auf 4,18 Proz. zurück und betrug am Jahreschluß 1917 nur noch 0,25 Proz. der Mitglieder. Die Ersparnis an Arbeitslosenunterstützung trug erheblich zur Vermehrung des Verbandsvermögens bei, während die Beiträge für Invalidenzwecke für die Zahlung der Rente nicht ausreichten.

Doch nun zum Verlauf der Tagung selbst. Am Sonntag vereinigten sich die Delegierten mit den Würzburger Buchdruckern auf einem Begrüßungsabend im Huttenschen Garten (dem Tagungslokal der Generalversammlung), der, trotz der bestehenden Kriegsschwierigkeiten, außerordentlich eindrucksvoll gestaltet wurde. Der zweite Vorsitzende Graßmann gedachte in seiner Rede des verstorbenen Führers Döblin.

Die Generalversammlung wurde am 27. Mai durch Graßmann eröffnet. Anwesend waren 59 Delegierte aus 23 Gauen und 5 Vorstandsvetreter. Ferner nahmen an den Verhandlungen teil: die Redakteure des »Korrespondent«, die Tarifamtsvertreter und der Sekretär Schliebs, Vertreter des Verbandes der Typographischen Gesellschaften, des Internationalen Buchdruckersekretariats, des Verbandes der Vereine der Buchdrucker und Schriftgießer Österreichs. Von den graphischen Bruderverbänden sind anwesend: von den Buchbindern Kloth, von den Hilfsarbeitern Schmid-München und von unserem Verbandskollegen Haß. Die Generalkommission vertritt der Genosse Bauer. Zur Leitung der Generalversammlung wurden der zweite Vorsitzende des Verbandes Graßmann und Seitz-München gewählt.

Die gedruckten Berichte wurden mündlich noch durch Graßmann und Eiffler ergänzt. In wenigen Stunden war die Debatte bereits erschöpft. Allgemein wurde dem Vorstand für seine Arbeit Anerkennung ausgesprochen. Bemängelt wurde in der Hauptsache die Dürftigkeit der Jahresberichte und deren Erweiterung für die Zukunft zugestanden. Die Entlastung erfolgte einstimmig. Der 2. Punkt der Tagesordnung »Besprechung der allgemeinen tariflichen Lage und Erörterung über den Organisationsvertrag« wurde in geschlossener Sitzung getrennt behandelt. Zahlreiche Anträge verlangen zum Teil Tarifikündigung, zum Teil Tarifrevision; andere wieder eine Verlängerung des Tarifes um ein Jahr unter der Voraussetzung einer Neuregelung der Teuerungszulagen. Im zweiten Teil der Debatte spielte der politische Massenstreik mit seinen Wirkungen durch den Organisationsvertrag eine bedeutsame Rolle. Die einleitenden Referate hält auch hier Graßmann. Er behandelt die wichtigsten Vorgänge während der letzten Tarifperiode. Besonders die Vorgänge bei Kriegsausbruch, die Lehrlingsfrage, die Zulassung der Frauenarbeit und die Bemühungen um Steigerung des Lohn- und Einkommens der Gehilfenschaft und die Berliner Vorgänge im Januar ds. Js. Er schildert die Arbeit des Verbandsvorstandes und erörtert die Möglichkeiten um für die Gehilfenschaft das Beste zu erreichen. Die Diskussion dauerte 2 1/2 Tag und wurde in ruhiger Sachlichkeit geführt. An der Debatte beteiligten sich auch die Vertreter der graphischen Bruderverbände. Sämtliche Beschlüsse zu diesem Punkte wurden einstimmig gefaßt. Sie lauteten:

Die Generalversammlung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker hat zu den vorliegenden drei Anträgen:

- I. auf Kündigung des Tarifs;
- II. auf Revision des Tarifs;
- III. auf Erhöhung der Teuerungszulagen, 7 die nachstehenden Beschlüsse einstimmig gefaßt;

Zu I.  
Eine Kündigung des Tarifs wird nicht gewünscht, vielmehr soll der Fortbestand der Tarifgemeinschaft gefördert und festigt, die Tarifgemeinschaft selbst weiter ausgebaut werden.

Zu II.  
Eine Revision des Tarifs für 1918 wird beschlossen. Die Vertreter der Tarifkreise III, VI, VII und X haben sich durch die Gehilfenschaft ihrer Kreise mit entsprechendem Auftrag für Beantragung der Revision des Tarifs versehen zu lassen.

Als Generalanträge für diese Tarifrevision werden die nachstehenden, einstimmig gefaßten Anträge eingereicht:

1. Eine den Zeitverhältnissen entsprechende Erhöhung der Wochenlöhne aus den §§ 4 und 51 des Tarifs.
2. Dementsprechende Erhöhung der Grundposition für Berechner.
3. Verkürzung der Arbeitszeit.
4. Tarifliche Regelung des Lehrverhältnisses der Lehrlinge durch Ausbau des § 13 des Tarifs.

Zu III.  
1. Angemessene Erhöhung der im November v. J. gewährten Zulage, zahlbar spätestens am zweiten Zahltag im Monat Juli an alle Gehilfen.  
2. Bemessung des Stundenlohnes nach dem Gesamtwochenverdienst, also einschließlicher Teuerungszulage.

Sämtliche Anträge sind dem Tarifamte der Deutschen Buchdrucker durch den Verbandsvorstand unverzüglich zur Kenntnis zu bringen.

Das Tarifamt wird ersucht, die aus dieser Antragstellung sich ergebenden Maßnahmen zu treffen und eine Verhandlung des Tarifausschusses über Ziffer III der Anträge herbeizuführen. Gelingt es, über die hierzu vorliegenden Gehilfenwünsche zu einer Verständigung innerhalb des Tarifausschusses zu kommen, so ist der Antrag auf Revision des Tarifs gegenstandslos geworden, andernfalls der Verbandsvorstand beauftragt wird, die erforderlichen Maßnahmen zu treffen.

Die unter II Ziffer 1-4 eingereichten Generalanträge bleiben dagegen bestehen, sollen vom Tarifausschuß in der nächsten Sitzung vorberaten und dem Tarifamte zur weiteren Bearbeitung übergeben werden. Spätestens bei der nächsten Tarifberatung sollen diese Anträge in der durchgearbeiteten Form dem Tarifausschuß zur Beratung und Beschlußfassung unterbreitet werden.

Außerdem soll der Tarifausschuß in seiner nächsten Sitzung eine Aussprache herbeiführen über 1. Schaffung von Sonderbestimmungen für das Anstellungsverhältnis von Faktoren.

Angliederung dieser Bestimmungen an den Deutschen Buchdruckerarif.

2. Übernahme der »Allgemeinen Bestimmungen« für die Arbeitsleistungen der männlichen und weiblichen Buchdruckereihlfersarbeiten als Sonderbestimmungen in den Deutschen Buchdruckerarif.

Nach der gesonderten Behandlung des Organisationsvertrages, die auch für uns bedeutungsvoll ist, wurde das Verlangen der Buchdruckerunternehmer, Schadenersatz für die Arbeitslosigkeit im Januar dieses Jahres aus Anlaß des Politischen Streiks zu fordern, abgewiesen durch die Annahme der nachstehenden Entschließung:

Die Generalversammlung lehnt nach eingehender Aussprache die Zahlung eines vom Deutschen Buchdruckervereine geforderten Schadenersatzes für die Beteiligung der Berliner Gehilfenschaft an den Ausständen im Januar dieses Jahres ab, da nach ihrer Auffassung bei dieser Bewegung die Voraussetzungen, unter denen der Organisationsvertrag zustande gekommen ist, nicht vorliegen. Sollte die Prinzipalität auf dem Standpunkte beharren, daß bei Bewegungen, die aus der Unsicherheit der politischen Lage und der Not der Zeit entspringen und mit den beruflichen Verhältnissen in keinerlei Zusammenhang stehen, der Verband haftbar gemacht werden könne, erklärt die Generalversammlung, daß dann auch für die Gehilfenschaft jedes Interesse an der Aufrechterhaltung des Organisationsvertrags fortfällt.

Zum 3. Punkt der Tagesordnung: »Beratung der Abänderungsanträge zum Statut und zu den Vorstandsbeschlüssen« liegen 66 Anträge vor. Der Hauptkassierer Eiffler geht mit den Antragstellern ernst ins Gericht, daß sie zu dieser außerordentlichen Generalversammlung so weitgehende Anträge auf Erhöhung der Unterstützungen gestellt haben. Er bezeichnet die Zeitverhältnisse für viel zu unklar um Reformen vornehmen zu können. Er zeigt sich geneigt, nach dem Kriege die Arbeitslosenunterstützung zu erhöhen, lehnt aber die Wiederherstellung der alten statistischen Krankenunterstützungen ab, weil der gesunkene Gesundheitszustand dies verbietet und auch die Gefahr besteht, daß die Krankenkassen die gewerkschaftlichen Zuschüsse nach dem Kriege anrechnen werden, um sich selbst zu entlasten. Er wendet sich auch besonders gegen eine weitere Erhöhung der Invalidenunterstützung. Die Erhöhung vor 5 Jahren in Danzig hat ungefähr 35000 Mk. jährlich gekostet und stellt die höchste Leistungsfähigkeit des Verbandes dar. Er rechnet nach dem Kriege mit dem Hinzukommen vieler junger Invaliden und steigender Belastung. Die Kriegsbeschädigten, die nicht mehr als Vollmitglieder anerkannt werden, sollen sich ihr Sterbegeld gegen einen Wochenbeitrag von 20 Pfennig sichern können. Für die weitere Familienunterstützung erklärt sich der Verbandsvorstand bereit, 3 Mark nach dem Kopfbetrag der Gawe zu gewähren und unter Ablehnung der verlangten Gewährung von 8 gegen früher 5 Proz. für Verwaltungsausgaben einen einmaligen Betrag von 2 Mk. pro Mitglied nach dem Stande vom 1. Juli 1914 für diese Zwecke den Gauen zur Verfügung zu stellen. In der Diskussion wurden gegen diese Auffassungen einige Bedenken geäußert. Die Erledigung wird einer Kommission übertragen. Diese legte später ihre Auffassung in folgenden Anträgen vor, die im einzelnen mit großer Majorität angenommen werden. Da sie sicher das Interesse unserer Mitglieder erwecken werden, geben wir sie im Wortlaut wieder:

Sollte bei Kriegsende von der Regierung, bzw. von den Kommunen keine Vorsorge für die Unterstützung der Arbeitslosen getroffen werden, so ist der Verbandsvorstand berechtigt, die Arbeitslosenunterstützung bis zu 50 Pf. pro Tag zu erhöhen unter gleichzeitiger Erhebung eines erhöhten Verbandsbeitrages. Es ist aber sofort eine Gauvorsteherkonferenz einzuberufen, welcher die weitere Erledigung der Frage überwiesen wird. An der Kranken- und Invalidenunterstützung wird nichts geändert. Die zur Zeit bestehende Staffelung in der Krankenunterstützung soll beibehalten werden.

Ebenso bleiben die übrigen Unterstützungen unverändert.

Die für den Beruf nicht mehr in Frage kommenden Militärintvaliden sind den nichtbezugsberechtigten Invaliden gleichzuachten, d. h. Beiträge werden von ihnen nicht genommen, das Anrecht ihrer Hinterbliebenen auf Sterbegeld bleibt bestehen.

Der Verbandsvorsitzende wird beauftragt, nach Beendigung des Krieges über das Verhältnis der kriegsbeschädigten Kollegen zur Organisation eine Aufstellung zu machen. Einer später einzuberufenden Gauvorsteherkonferenz bleibt es überlassen, auf Grund des ermittelten Materials zu der Frage Stellung zu nehmen, ob und inwieweit den Anträgen zur Würzburger Generalversammlung in bezug auf die Kriegsteilnehmer Rechnung getragen werden kann.

Von zur Arbeit beurlaubten, auch außerhalb des Berufs tätigen Kollegen sind Beiträge zu erheben, sofern die Verdienste die üblichen Löhne der Buchdrucker erreichen.

Für dienstbeschädigte Kollegen, die zum Berufe zurückkehren, ist unbedingt eine sofortige Zurückmeldung einzureichen, nach deren Prüfung durch die in Betracht kommenden Instanzen das Verhältnis zur Organisation (ob Beitragszahlung oder eine Karenz zum Bezuge der Krankenunterstützung notwendig erscheint) geregelt ist.

Kollegen, die freiwillig oder auf Anordnung der Militärbehörden ein Heilverfahren antreten oder zur Beobachtung ihres Gesundheitszustandes zur Rentenfestsetzung in eine Anstalt verwiesen werden, erhalten kein Krankengeld.

Als Beitrag zur Familienunterstützung gewährt der Verbandsvorsitzende abermals pro Kopf 3 Mk., die Mitgliederzahl am Ende des 2. Quartals 1914 zur Grundlage genommen.

Auch über den vierten Punkt der Tagesordnung: Aussprache über die Maßnahmen beim Übergange von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft sprach Graßmann. Er betonte, daß seine Darlegungen nur als Wahrscheinlichkeitsrechnungen anzusehen seien. Bezüglich der in Aussicht stehenden Steigerung der Arbeitsleistungen lehnte er für die Buchdrucker das Taylorsystem ab und stellte dem Lohndruck der Unternehmer die Abwehr der Gehilfen gegenüber. Die vorgelegten Richtlinien wurden nach kurzer Erörterung angenommen. Sie lauten:

1. Schnellste Unterbringung der Heeresentlassenen mit Hilfe der Arbeitsnachweise.
2. Möglichstes Verbleiben auch der Kriegsbeschädigten im Berufe.
3. Die entsprechenden Zusagen der Prinzipale bezüglich dieser Punkte müssen eingelöst werden.
4. Berufsfremde müssen die Arbeitsplätze für die Heeresentlassenen freimachen.
5. Steigerung der Leistungsfähigkeit der Berufsangehörigen angesichts des verschärften Kampfes ums Dasein.
6. Ausgleich der im Krieg ungenügenden Lehrlingsausbildung, da diese Lehrlinge später als Gehilfen und Verbandsmitglieder in Frage kommen.
7. Unsere gesamten fachtechnischen Einrichtungen müssen diese Kriegsschäden mildern. Es muß von dem Begriffe »Probezeit« ein besserer Gebrauch gemacht werden. Im besonderen sind für die Lehrlingsausbildung folgende Gesichtspunkte zu berücksichtigen:
  - a) Beibringung der Beweise über Befähigung der Lehrlinge zur Erlernung unseres Berufs § 13, Ziffer 1;
  - b) Festsetzung eines angemessenen Kostgeldes unter sinngemäßer Anwendung des § 12 des Tarifs;
  - c) Aufstellung eines tariflich gültigen Lehrplans für die Lehrlinge;
  - d) Kontrolle über Einhaltung des Lehrplans;
  - e) Zweimalige Prüfung während der Lehrzeit;
  - f) Verpflichtung zur Gehilfenprüfung;
  - g) Förderung der fachtechnischen Kurse der Gehilfenverbände durch die Tarifgemeinschaft.

Bei der Besprechung des Verhältnisses der Buchdrucker zur Generalkommission kamen die Beschwerden gegen die Tätigkeit der Generalkommission während des Krieges zum Austrag. Auch hier wurden das Hilfsdienstgesetz, die Luden-dorfspeise und die Gründung des Volksbundes für Freiheit und Vaterland behandelt. In der Diskussion vertrat Bauer den Standpunkt der Generalkommission. Ihre Haltung, wie auch die der Verbandsvorstände wurde einhellig gebilligt.

Die Redakteure wurden wieder gewählt und die Einführung des Obligatoriums wieder, wie in früheren Jahren, abgelehnt. Bei der Ersatzwahl für den verstorbenen Vorsitzenden Döblin erstattete eine Kommission Bericht. Obwohl der 2. Vorsitzende Graßmann als durchaus befähigt für den Posten des 1. Vorsitzenden erkannt wurde, blieb er doch auf seinem Posten. Seit-München wurde als 1. Vorsitzender gewählt, der 25 Jahre Gau-leiter in München gewesen ist. Mit unserem Glück-wunsch zu dieser Wahl verbinden wir die Hoff-nung, daß ein freundschaftliches Verhältnis Platz greifen möge und Differenzen auf technischem oder organisatorischem Gebiet auf dem Wege der Ver-ständigung geregelt werden. Auch der übrige Vor-stand wurde einstimmig wiedergewählt und den Verbandsangestellten eine weitere Teuerungszu-lage bewilligt.

## Allgemeines.

Teil für die gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufes.

### Unter dem Lohn eines Laufburschen.

Die Verwaltung der Berliner Mitgliedschaft ver-öffentlicht einen Aufruf: *An die Lithographen und Steindrucker Berlins*, der unserer Auffassung nach für alle Kollegen im Reiche das gleiche Interesse hat. Wir empfehlen ihn daher allseitiger Beachtung.

»Die wirtschaftliche Not der Zeit zwingt die Kollegen in gewissen Zeitabständen die Lohnfrage einer Nachprüfung zu unterziehen und den Ver-such zu unternehmen, sie mit den Teuerungsver-hältnissen in Einklang zu bringen. So stehen die Kollegen Berlins auch jetzt wieder mitten in einer Lohnregulierung.

Bekannt ist, daß das gesamte Graphische Gewerbe, mit wenigen Ausnahmen, an der »goldenen Kriegs-konjunktur« nicht beteiligt ist und aus diesem Grunde die Löhne bei uns nicht die Höhe erreichen können, wie in den reinen Kriegsindustrien es der Fall ist. Aber im Rahmen der allgemeinen Preissteigerung haben auch die Verkaufspreise der lithographischen Erzeugnisse eine wesentliche Erhöhung erfahren, der unsere Löhne in nur zögernder und unzureichender Weise folgten. Auf die Ursachen der ungenügenden Lohnsteigerung soll hier an dieser Stelle nicht näher eingegangen werden, da das durch persönliche Aussprachen in den Zusammenkünften der Kollegen viel gründ-licher gesammelt kann.

Es sei für heute nur darauf hingewiesen, daß nach dem Ergebnis der am 11. Mai 1918 aufge-nommenen Lohnstatistik, die sich auf 103 Firmen erstreckt, innerhalb der einzelnen Berufssparten große Lohnunterschiede bestehen, die im Interesse der Kollegen und des Gewerbes beseitigt werden müssen.

Ferner bestätigt die Statistik erneut die Tat-sache, daß ein Teil der Kollegen zu Löhnen arbeitet, die wegen ihrer geringen Höhe geradezu als skandalös bezeichnet werden können. Sie haben nur in ganz wenigen Fällen ihre Begrün-dung in einer begrenzten beruflichen Leistungsfähigkeit der betreffenden Kollegen. In den aller-meisten der Fälle ist ein sträflicher Mangel an Mut und Tatkraft der Kollegen und brutaler Unternehmeregismus, gepart mit sozialer Rück-sichtigkeit daran schuld.

Für heute sei nur ein ganz besonders kenn-zeichnender Fall erwähnt. In einer hiesigen Firma haben am 1. April dieses Jahres zwei Lithographen-kollegen ihre vierjährige Lehrzeit beendet. Während nun in allen uns bekannt gewordenen Fällen die anderen Firmen, den durch die Kriegszeit ver-änderten Lohnverhältnissen Rechnung getragen haben und den Ausgelerten einen wesentlich höheren Lohn als in Friedenszeiten zahlen, zahlt jene Firma den beiden jungen Kollegen den Frie-denslohn von 24 Mk. pro Woche. Hierzu kommt dann noch eine monatliche Teuerungszulage von 20 Mk., so daß deren Gesamtverdienst pro Woche 28,62 Mk. beträgt. Die Firma scheut sich nicht die Unerfahrenheit der beiden jungen Kollegen in wirtschaftlichen Dingen vollständig auszunutzen und die allgemeine Lohnerhöhung überhaupt nicht in Rechnung zu stellen. Das bietet unter den heutigen Verhältnissen eine Schutzverbandsfirma gelernter Arbeiter. Bekanntlich will der Schutz-verband rückständige Verhältnisse nicht schützen und doch handelt es sich in diesem Falle um den Betrieb des Vorsitzenden des Schutzverbandes. Zeugt ein solches Verhalten von sozialer Einsicht und Verständnis für die wirtschaftlichen Nöte der Arbeiterschaft? Die Antwort werden sich die Kollegen selbst geben.

Muß man denn erst eine mit vielen Mühen und Unkosten verknüpfte vierjährige Lehrzeit durchmachen, um dann nach deren Beendigung noch unter einem 15-16 jährigen Laufburschen entlohnt zu werden? Hier in diesem Falle zeigt sich recht drastisch die Wirkung schutzverbänd-lerischer Lohnpolitik in schönster Reinkultur, wenn ihr nicht ein kräftiger Widerstand durch die Kol-legen entgegengesetzt wird. Nebenbei müssen wir unsere Verwunderung zum Ausdruck bringen, daß sich überhaupt noch Kollegen finden, die sich mit einem so geringen Lohn abspesen lassen.

Des weiteren zeigt uns die Lohnstatistik: noch mehrere Mißstände, die in besonderen Zusam-menkünften der einzelnen Berufssparten, die voraus-sichtlich im Juni stattfindend, besprochen werden. Es ist dringend zu wünschen, daß dann alle Kol-legen erscheinen, um durch gemeinsames Handeln einen Ausgleich in der Lohnfrage herbeizuführen, der uns allen dringend nottut. Nur Geschlossen-heit führt zum Ziele.

## Die photomech. Fächer.

**An der Zeit!**

In diesem Jahre läuft unser Tarif ab und beide Parteien müssen sich bald darüber entscheiden, ob

wir mit — oder ohne Tarif in die Zukunft hinein-gehen sollen. Es ist merkwürdig still im Walde! So still, daß man fast meinen könnte, es interessiert die Gesamtheit der Kollegen verdammt wenig, wie sich die Lage nun weiter gestalten wird oder sie meint, es den wenigen »führenden« Kollegen ruhig überlassen zu können, über das zukünftige Ver-hältnis zu beschließen.

Ich glaube nun aber trotzdem nicht, an solche Gleichgültigkeit der Kollegen. Aber dann ist es auch Zeit vorzubeugen, daß sich nicht wieder, wie 1913, die Kollegenschaft vor eine fertige Tatsache gestellt sieht; es ist an der Zeit, aus unserer Res-serve herauszutreten und die einzelnen Anschauungen der Öffentlichkeit zu unterbreiten, auf daß wir alle wissen wie sich die Mehrheit der Kollegen zu den kommenden Entscheidungen stellt. Denn ich möchte ernstlich davor warnen, eine Wieder-holung der Neunzehnhundertdreizehner Erregung eintreten zu lassen; es könnte Folgen zeitigen, welche in ihrer Wirkung direkt verhängnisvoll werden müßten!

Nach allen bisherigen Erfahrungen, darf ich vor-aussetzen, daß wohl ohne weiteres die Mehrzahl unserer Kollegen über die Frage: mit oder ohne Tarif, im Prinzip mit mir einverstanden ist, daß ein tarifliches Verhältnis für unseren Beruf, soll er lebenskräftig bleiben, eine absolute Notwendigkeit ist. Ich nehme ebenfalls an, daß auch unsere Unternehmer zu demselben Schluß gelangt sind. Ich kann nicht umhin, gerade dies besonders scharf zu betonen, weil es für meine Auffassung der Lage von großer Wichtigkeit ist! Trifft es z. B. zu, daß beide Kontrahenten in ihrer großen Mehr-zahl für Beibehaltung eines tariflichen Verhält-nisses sind, so folgt daraus mit logischer Konse-quenz, daß Mittel und Wege gefunden werden müssen, die es beiden Teilen ermöglicht, unter diesen Verhältnissen zu existieren.

Hierüber müssen wir uns, auf beiden Seiten, vor Allem im Klaren sein, alle Unterhandlungen sind meines Erachtens zwecklos, wenn nicht von vornherein eine Einigung darüber erzielt worden ist und der Wille gegenseitig besteht, in gemein-samer Arbeit eine existenzfähige Lage für die Berufs-Angehörigen zu schaffen. Aber gerade darum ist es höchste Zeit, daß auch wir uns da-rüber klar werden, was für uns zu tun ist, inwie-fern für uns die Möglichkeit besteht, eine günstigere Lage zu erreichen.

Und darübe ich die erste Bitte an die Kollegen: ar-beiteit und berate vorher mit, auf daß die Kritik nahher unterbleiben kann. Ich habe allen Respekt vor unseren führenden Kollegen, aber bei Beratung von Sachen, die meine persönliche Existenz nahe berühren, rede ich gerne vorher, d. h. zur rechten Zeit, ein Wortlein mit. Doch dies nur so beiläufig.

Wir haben uns also in allererster Linie darüber klar zu werden, daß unsere momentane Lage, kurz gesagt, eine unhaltbare ist. Ein weiteres Fortbestehen derselben muß mit allen möglichen Mitteln zu verhindern gesucht werden. Der Ein-wand: »es ist Krieg, und daher die Lage vorüber-gehend«, hat seine Gültigkeit schon lange verloren, wir sehen, wie ein jeder danach trachtet, soviel wie möglich herauszuschlagen und zwar mit Er-folg; ja, mit soviel Erfolg, daß diejenigen, welche noch einigermaßen etwas auf Moral halten, voll-kommen zu Grunde gehen können. So sind wir direkt gezwungen den Tanz mitzumachen. Wir können uns nicht länger damit abspesen lassen. Tagein, tagaus wachsen die Ausgaben, die aller-nötigsten Neuanstellungen sind schon so lange unterblieben, daß ein längeres Hinausschieben zu den Unmöglichkeiten gehört; die Bedürfnisse steigen, die Ausgaben wachsen schreckerrgend und die Einkünfte stehen in gar keinem Verhältnis mehr dazu. Das geht einfach nicht länger. Wer von den Kollegen es fertig bringen kann, seinen Beruf gegen einen besser bezahlten Posten an den Nagel hängen zu können, macht es, und auch dies ist eine Erscheinung der sich einsichtsvolle Unter-nehmer nicht verschließen dürfen. Es ist also eine eiserne Notwendigkeit, daß die Löhne auf eine Höhe gebracht werden, die den Verhält-nissen entspricht. Dies ist für uns der erste, aber auch der wichtigste Punkt, denn schließlich hängt unsere ganze Existenz von der Lohnfrage ab. Der Einwand, daß unser Beruf mit am meisten unter den Kriegsverhältnissen zu leiden hat, mag in vieler Hinsicht zutreffen, andererseits läßt sich aber nicht ableugnen, daß sich die Lage inzwischen bedeutend gebessert hat und daß sich unser Be-ruuf den bestehenden Verhältnissen — und nicht am wenigsten durch unsere tatkräftige Mithilfe — sehr vorteilhaft angepaßt hat. Es ist z. B. Tat-sache, daß wohl die größte Anzahl der noch be-stehenden Anstalten sich krampfhaft bemühen, mit zu wenig Leuten, zu viel Arbeit herauszuschaffen. Daß heißt mit anderen Worten, daß die Konjunktur eine derartige ist — immer in Berücksichtigung der momentanen Verhältnisse — daß sich der Beruf an und für sich wieder etwas freier be-wegen kann. Um es deutlich zu sagen: wir können uns gemeinsam die Verhältnisse so gestalten, daß sie eine Existenzfähigkeit für beide Teile in sich schließen. Wir können es nicht nur, sondern wir müssen es, sowohl die Unternehmer wie Ar-beiter sind dazu gezwungen, und wir, werden wohl nicht umhin können, unsere Hilfe in jeder Be-

ziehung zur Verfügung zu stellen, um diese Verbesserungen herbei zu führen.

Man mag über diese Frage theoretisch denken wie man will, so lange dieser ewige Kreislauf besteht, muß man ihn mitmachen, wenn man nicht ins Hintertreffen geraten will. —

Als zweiten, faßt ebenso wichtigen Punkt be- trachte ich die Ferienfrage. Auch hier hat der Einwand: »es ist Krieg« meines Erachtens voll und ganz ausgedient. So gearbeitet wie jetzt, hat wohl keiner von uns vor dem Kriege. Nicht nur, daß wir quantitativ doppelt und dreifach leisten müssen, was wir vor dem Kriege geleistet haben; auch das Material, womit wir uns herum zu schlagen haben, ist von einer derartigen Beschaffenheit, daß es eine wahre Erlösung ist, abends an die frische Luft zu kommen, vorausgesetzt, daß nicht noch einige Überstunden den Aufenthalt in allen diesen Ersatzdünsten um einiges verlängert!

Und alle diese Leistungen muß man unter be- deutend verschlechterten Ernährungsverhältnissen ausführen! Ich bin der Meinung, nie war die Not- wendigkeit von Ferien so leicht nachzuweisen als jetzt in der Kriegszeit. Und darum schlage ich vor, daß dieses Mal an einer obligatorischen Einführung von Urlaubszeit nicht vorbeigegangen werden darf. Es ist eine Notwendigkeit wie der Schlaf, wie das Essen und Trinken, daß auch wir uns einige Zeit auf uns selbst besinnen können, um wenigstens für eine kurze Spanne der Kriegsnervosität ent- ronnen zu sein. Und es ist durchführbar, wenn Einsicht und guter Wille vorhanden sind. Darum als zweiter Punkt: Einführung von Urlaubszeit auf tariflichem Wege!

Die dritte, ebenfalls sehr wichtige Frage ist die Lehrlingsfrage. Die Erfahrungen, welche ich im kleinen Kreise gemacht habe, sind derart, daß die Bestimmung, wonach jede Anstalt so viele Lehrlinge beschäftigen darf, als sie 1914 gehabt hat oder auf Grund ihrer Anzahl Gehilfen hätte halten dürfen, direkt unheilvoll wirkt. Kommt es doch vor, daß bei Abwesenheit sämtlicher Gehilfen, Abteilungs- wie Anstaltsweise ruhig mit Lehrlingen weiter gewurteilt wird. Was hieraus entsteht, ist wohl jedem Einsichtigen klar und es ist höchste Zeit, daß die Lehrlingsskala den jetzigen Verhält- nissen angepaßt wird, auf jeden Fall aber Schmutz- konkurrenz, durch mangelhafte Ausbildung der kommenden Gehilfenschaft unmöglich gemacht wird. Solch einen Überfluß an Menschenmaterial werden wir nach dem Kriege nicht haben, daß wir eine (übrigens 1914 sehr gut gemeinte) Bestimmung 1918 noch ungeändert bestehen lassen dürfen. Wir alle haben ein Interesse an tüchtigen Mitarbeitern; es ist von jeher Aufgabe der Gewerkschaften, in dieser Richtung tätig zu sein. Es wäre interessant zu erfahren, wie sich speziell dieser Punkt im übrigen Reiche entwickelt hat; hoffentlich erfahren wir darüber in der »Presse« einiges.

Dies wären meines Erachtens die drei Kardinal- fragen, welche eine andere, als auch für uns an- nehmbar Form, nicht dulden und an deren Ver- wirklichung unbedingt festgehalten werden muß. Damit steht oder fällt für mich der ganze Tarif überhaupt!

Zum Schluß möchte ich noch eines betonen. Ich bin, wie schon im Anfang gesagt, voll und ganz tarifreu und stehe auf dem Standpunkt, daß nur ein tarifliches Verhältnis für beide Parteien von Vorteil sein kann. Aber ich bin nicht der Meinung, daß jeder Tarif das tun kann! Und daraus folgt, daß ich, für den Fall, daß kein Tarif zustande kommen kann, der auch für uns annehmbare Bedingungen enthält, dafür stimmen würde, einen tariflosen Zustand vorzuziehen. Denn ich betone nochmals, der Tarif ist für den Unternehmer so nötig wie für uns, daß muß jeder Teil einsehen und danach handeln. Schließlich sind wir nicht nur Objekte sondern völlig gleichberechtigte Kontra- henten. Und gesetzt dem Fall: es käme kein Tarif zustande, der für uns annehmbar wäre, so haben wir Pflichtgefühl und Urteilskraft genügend, um auch für die im Felde stehenden Kollegen ein kräftiges »Nein« mit auszusprechen. Denn wohl ruht auf unseren Schultern die Aufgabe, zu Hause nicht leichtfertig zu spielen mit Institutionen, die in Friedenszeiten durch schwere, gemeinsame Arbeit aufgebaut sind. Den Vorwurf wird uns auch wohl kein Kollege aus dem Felde machen können.

Aber wir haben auch noch eine andere Aufgabe und das mögen die Kollegen einsehen, welche bei jeder Gelegenheit, zu Recht oder zu Unrecht, die Feldgrauen als Hemmschuh an die Wand malen. Und diese Aufgabe, wohl eben so wichtig wie die vorgenannte, besteht darin, daß wir zu Hause zielbewußt daran arbeiten, solche Zustände zu schaffen, daß es auch dem heimkehrenden Krieger möglich ist, in seinem Berufe Gelegenheit zu finden, sich und die Seinen zu ernähren! Mögen das alle sowohl Unternehmer wie Kollegen, einsehen, sodaß ein wirkliches Zusammenarbeiten einen Tarif her- vorbringt, für beide Teile annehmbar, für den Beruf von Segen!

V. D.

### Feuilleton.

#### Ferdinand Hodler.

Einer der originellsten Künstler ist kürzlich gestorben, der Schweizer Ferdinand Hodler. Er hat sich vom Arbeiter zum großen Meister in der Malerei aufgeschwungen. Hodler ist 1853 in einem kleinen Orte des Kanton Bern, als Sohn eines Tischlers geboren. Bei seinem Stiefvater lernte er als Anstreicher und kam später zu einem Dekorationsmaler in Thun am Thunersee in die Lehre. Im Jahre 1872 erst kam er nach Genf, dem Schweizer »Paris«, wo er höhere Schulen

besuchte, weshalb man dem der sozialistischen Weltanschauung huldigenden Künstler seine Hin- neigung zu den französischen Schweizern und Franzosen auch verstehen und verzeihen muß. Seine gemalten »Bildnisse, Landschaften usw. erregten in der Kunstwelt Aufsehen. Aber erst im Jahre 1897 erhielt er einen großen, seinem Genie würdigen Auftrag, die Ausschmückung der Waffenhalle des Landesmuseums in Zürich. Hodler wählte für das große Freskogemälde den Rückzug der Schweizer aus der Schlacht von Marignano, der ihm in malerisch-großartiger Weise gelungen ist. Hodler ist Meister der pathisch geschwungenen Linie, und auch, wie sein Landsmann Böcklin, den er in mancher Beziehung übertrug, zugleich Meister der Farbe. Sein wuchtiger »Holzfäller« zierte jetzt schweizerische Briefmarken. Für die Jenaer Uni- versität in Thüringen malte er den Auszug der Jenaer Studenten den Freiheitskriegen. Als Hodler im Weltkriegsbeginn 1914 Partei gegen Deutschland nahm, erhob sich ein gewaltiger Pro- test gegen Hodler, und das Freskogemälde in Jena wurde verhängt. Wer Kunst und Politik zu trennen versteht, wird in Hodler einen der größten Meister der Neuzeit, einen der modernsten Maler verehren.

J. Meier-Durst.

#### Vom Büchertisch.

A. Damaskhke: »Geschichte der National- ökonomie«, eine erste Einführung. 40. bis 42. Tausend. Neunte erweiterte Auflage. Jena. Gustav Fischer. 1918. 2. Band. 400 Seiten. Preis 4,50 Mk. Ein Zeichen der wachsenden Kultur ist trotz des Krieges die immer stärker werdende Sehnsucht im Volke nach der eigenen Scholle. Dem verdankt die Bodenreformbewegung ihre steigende Beliebtheit. In dem vorliegenden Werke gibt uns der Vor- kämpfer dieser Bewegung eine volkstümlich ge- haltene Darstellung der Geschichte der National- ökonomie, seiner Systeme und der Personen, die sie erdacht und verbreitet haben. Die Hauptkapitel behandeln das nationale System, der Kommunismus, die Anarchisten und die Bodenreform. Mehr als 39000 Exemplare sind bereits von diesem Werke verbreitet.

Der Jahresbericht des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine für 1917 ist erschienen. Der statliche Band umfaßt 760 Seiten und gibt einen vor trefflichen Einblick in das gesamte Wirken der Konsumvereine in diesem Kriegsjahr. Preis 12 Mark.

Trotz aller Zivilisation und Kultur bleibt der Mensch doch nur eine schlecht gezähmte Bestie.

Ein Geizhals und ein fettes Schwein kann erst im Tode nützlich sein. Logau.

**Stellenangebote**  
**Inserate**  
sind nicht an die Redaktion sondern an die Expedition zu senden.

### Strichätzer,

tüchtige und zuverlässige Kraft, welche auch das Montieren und Fräsen versteht, sucht für dauernd  
A. Krämer, Klischeefabrik, Stuttgart.

Wir suchen:

**mehrere Farbätzer,**  
**1 zweiten Photographen** für Farben und Schwarz,  
**1 Kopierer.**  
Zerreiß & Co., Graphische Kunstanstalt, Nürnberg.

### Photograph

für Farben- und Schwarzauto in selbständige Stellung, sowie einen **Photographen f. Strich u. Auto** sucht sofort  
Julius Klinkhardt, Leipzig.

### Tüchtiger Offsetdrucker,

der auch im Umdruck gute Leistungen aufweisen kann, zu sofortigem Eintritt gesucht. Bei zufriedenstellenden Leistungen Lebensstellung. Offerten mit Angabe der Gehaltsansprüche von geeigneten Bewerbern umgehend erbeten.

Greiner & Pfeiffer, Stuttgart,  
Königl. Hofbuchdrucker.

### Tüchtiger, erfahrener Steindr.-Maschinenmeister,

der in feinem Chromdruck bewandert ist, in Dauerstellung für bald gesucht. Offerten mit Zeugnisabschriften und Lohnforderung an

Kunst-Anstalten Josef Müller, München.

### Schnuhr's flüssiges Steingummi

bietet vollen Ersatz für echtes Gummi-arabicum, nicht als Klebstoff, sondern zum Präparieren von Lithographiesteinen, Zink- und Aluminiumplatten, Anwendung und Wirkung ohne Unterschied gegenüber Naturgummi.

Dieser auf wissenschaftlicher Grundlage hergestellte Gummiersatz konser- viert die Steine, selbst wenn sie längere Zeit in feuchten Steinkellern lagern und macht das wiederholte Ätzen der Originalsteine überflüssig. Das Steingummi wird in vielen Druckereien, auch bei Staats- und Mil- itärbehörden verwendet, überall gut beurteilt und regelmäßig nachbestellt. Die Ware ist ausprobiert gut, wofür Zeugnisse zu Diensten stehen.

Preis pro Kilo Mk. 7,50

H. Schnuhr, Hamburg 22, Richardstraße 49.  
Fabrikation chemisch-technischer Druckpräparate.

### Neu! „Fett-Extrakt“ Neu!

Unentbehrlich zum Verdrucken der jetzigen fettarmen Firnisse und Farben, dieselben drucken durch einen Fett-Extrakt-Zusatz wie früher Friedensware. Merkantil-Zeichenplatten, Raster, Kreide, usw. erhält bis zur höchsten Auflage den feinsten Punkt und Strich, auch bei weichen kalkfleckigen Steinen. Über- trifft in jeder Beziehung Stearin-Öl, welches doppelt so teuer. Fett-Extrakt hat hellbraune Farbe.

Kg. Mk. 8,50 gegen Nachnahme.

Nachbestellungen liefern ein: L. . . . . & Co. . . . . Hannover 50 Kg.; W. . . . . & N. . . . . Leipzig 5 Kg.; G. W. . . . . Cassel 5 Kg.; G. . . . . & D. . . . . Leipzig 5 Kg.; G. L. . . . . Fürth 5 Kg.; A. . . . . F. . . . . Breslau 5 Kg.; K. . . . . & S. . . . . Niedersiedlitz 5 Kg.; W. . . . . & S. . . . . Stuttgart 3 Kg.; F. A. . . . . Berlin 2 Kg.; S. . . . . & N. . . . . Dresden 2 Kg. u. s. w.

F. Hantke, Hamburg 22, Heinskamp 6.

### Schnell-Trockenmittel „Extrakt“ „Betromit“

patentamtlich geschützt. „Betromit“ patentamtlich geschützt.

ein kleiner Zusatz von 1-4 Prozent genügt, um Druckfarben in etwa 2 Stunden zum Trocknen zu bringen. »Betromit« bildet selbst bei langsamstem Verbrauch keine Haut, trocknet nicht ein, daher kein Verlust, ist sehr sparsam im Gebrauch. Von ersten Fir- men glänzend beurteilt und regelmäßig nachbestellt. Großer Versand nach In- und Aus- land. Viele Anerkennungschriften liegen vor. Per Kilo Mark 12,50.

H. Schnuhr, Hamburg 22, Richardstr. 49, Fabrik chem.-techn. Druckpräparate.